

Gesine Schwan über Mediation, Bürgerbeteiligung und repräsentative Demokratie

Eine Reportage von Harald Kaufmann,

Mediator und Trainer für Konfliktmanagement (deflikt Akademie, Hamburg)

Obgleich es nicht meinem journalistischen Auftrag entspricht, zu bewerten, sondern einfach beobachtender Reporter zu sein, möchte ich eingangs erwähnen, dass mich dieser Vortrag tief beeindruckt hat. Nicht, weil ich mir anmaße, das Gesagte inhaltlich zu bewerten - dies zu tun überlasse ich gerne dem Auditorium des Vortrages und den LeserInnen dieses Artikels - sondern, weil mich die Form des Vortrages begeistert hat.

Diese Frau war kritisch aber dabei stets wertschätzend und verständnisvoll, fast könnte man sagen, warmherzig für die Menschlichkeit und Menschen, die anders denken und handeln. Sie



Foto © Harald Kaufmann (deflikt-Akademie)

gab mir implizit immer das Gefühl, dass Ihre Meinung nicht apodiktisch sondern verhandelbar ist und dass sie zum Diskurs bereit ist. Was diese Frau für mich nach ihrem Vortrag ausmacht, ist ihre Glaubwürdigkeit, Ihre Ehrlichkeit für ihre Sache einzutreten und die Offenheit und Reflektiertheit in ihrer Selbstkundgebung.

Ihre Eltern versteckten in den letzten Kriegsjahren ein jüdisches Mädchen vor den Nazis. Nach dem Krieg setzte sich ihre Familie für die Aussöhnung mit Polen und Frankreich ein. Sie studierte Romanistik, Geschichte, Philosophie und

Politikwissenschaft in Berlin und Freiburg im Breisgau. Sie erzählt von sich selbst, dass sie praktizierende Katholikin sei. Sie ist SPD-Mitglied seit 1972 unter dem Eindruck von Willy Brandt. 2004 und 2009 kandidierte sie für das Bundespräsidialamt und unterlag nur knapp, da sie sogar Stimmen aus dem CDU-Lager bekam. Sie ist Trägerin des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland. Seit 2010 ist sie Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance.

Vor uns auf dem Podium beim Konfliktmanagement-Kongress 2013 des niedersächsischen Justizministeriums im Landgericht Hannover steht heute Prof. Dr. Dr. Gesine Schwan. Sie steht nicht nur da und hält eine Rede. Gesine Schwan gestikuliert mit Händen und beinahe hätte ich gesagt, mit Füßen. Ihr Vortrag ist lebendig, ihre Augen glänzen und strahlen Wärme aus und sie sind aufmerksam beim Publikum. Selten wandert der Blick auf Ihr Skript. Oftmals kann man

sogar erahnen, dass sie ihr Skript verließ und sich der Erzählung ihrer beispielhaften Erinnerungen zu einem Thema hingibt.

Das Thema Konflikt sei ihr schon früh in ihrer Kindheit begegnet, erfahren wir von ihr. Die Familie besaß ein kleines Segelboot nach dem Krieg. Ein Kleinod für den Vater, der es gut pflegte und in Schuss hielt. Die Kinder hingegen wären eben Kinder gewesen und wollten Spaß haben. Es war eine "lebendige, fast turbulente Familie". Konflikte waren unter diesen Bedingungen unvermeidlich, die auch lautstark ausgetragen wurden. "Manchmal fällt einem schon in der Familie früh eine Rolle zu, die man erst später begreift", fasst sie ihre Rolle in der Familie zusammen.

Aus dem Tagebuch ihrer Mutter habe sie später die psychologische Analyse ihrer Mutter entnommen, dass sie schon als Kind immer versucht habe, "Brücken zu bauen" und "vermittelnd" zu argumentieren. Sie reflektiert, dass sie keine berufliche Mediatorin sei und die Konflikte in der Familie häufig dadurch schlichtete, dass sie ein Liederbuch hervorholte und zu singen begann. "Es war keine wirklich rationale Konfliktklärung, aber da wir als Familie immer gerne sangen und auch mehrstimmig sangen, war das immer sehr effektiv. Aber ich glaube, der Grundwiderspruch in der Familie ist dadurch nicht wirklich gelöst worden." Ein Lachen geht durch die Reihen der Zuhörer.



Foto © Harald Kaufmann (deflikt-Akademie)

"Konflikt ist ein Grundbefund unserer Gesellschaft,

und auch schon in der Familie", lässt uns Schwan wissen. Er lässt sich, aus Ihrer Sicht, nicht entsprechend dem marxistischen Vokabular der "Auflösung des Grundwiderspruchs" behandeln, sondern mit der Einsicht, mit diesen immer wiederkehrenden einzelnen Konflikten zu leben. "Balance zu halten und nicht zu denken, jetzt können wir das inhaltlich eben mal ein für alle Mal klären und jetzt leben wir ohne Konflikt weiter."

Sie stellt sich und uns die Frage, wie man den Konflikt behandelt. Ob man ihn so behandelt, "dass man immer wieder neues Feuer schürt, oder dass Menschen auch mit einer Hegung, mit einer Eindämmung und mit einer Austarierung der Interessen gut leben können."

Dies hängt auch davon ab, wie man einen Konflikt "sozial, mental oder politisch verortet, sagt sie und weiter: „Ist die Grundannahme zum Konflikt, dass er etwas ist, was weg muss aus unserem Leben, was uns stört, was nicht gut ist, oder ist die Grundannahme, dass es etwas ist, was zumindest unvermeidbar und vielleicht sogar positive Seiten hat.“

Schwan geht davon aus, dass allen Menschen vertraut ist, dass Konflikte zu Krisen führen können und diese Krisen wiederum zur Klärung des Terrains und zu einem besseren Neuanfang führen können. Politisch entspringt diese Haltung der liberalen geistigen Tradition, wenn diese die Möglichkeit bietet, "dass sich die unterschiedlich denkenden Menschen oder Parteien aussprechen können und eine Chance, zu Gemeinwohl verträglichen Lösungen bekommen."

"Denn nur, wenn man gegensätzliche und unterschiedliche Aspekte eines Problems darlegen kann, ist überhaupt die Möglichkeit gegeben herauszufinden: Was ist denn von alledem das Beste?"

Wenn es da auch keinen vehementen Widerspruch gibt, ganz zu schweigen, wenn es ihn nicht geben darf, dann ist die Gefahr, dass man Teile des Problems übersieht und vielleicht zu spät erst bemerkt, was da alles noch an Schwierigkeiten drin steckt. Für mich persönlich und vom Grundverständnis unserer Demokratie her sind also Konflikte nicht etwas grundsätzlich Schlechtes." So die Meinung von Schwan.

Die wirkliche Schwierigkeit an Konflikten, besteht in den unterschiedlichen Machtpotenzialen.

"Es ist nicht so, dass hinter allen Interessen gleiche Machtpotenziale stehen, sondern, dass die Machtpotenziale ungleich verteilt sind. Daher kann es sein, dass die formale Gleichheit der Interessensartikulation im Gegensatz dazu steht, was hinterher an Machtschub dahinter steht," postuliert Schwan.

"Wir müssen also immer wieder versuchen, Lösungen zu finden, die einigermaßen gewaltfrei sind und auch produktiv sind."

Sie erläutert, dass sie "einigermaßen" deswegen sagt, weil der Begriff der Gewalt - aus ihrer Sicht - ein schwieriger Begriff ist. "Klar ist er, wenn man jemanden auf den Kopf haut, dann ist das unerträglich. Aber Gewalt ist auch dann vorhanden, wenn man jemanden indirekt so piesackt, dass es nicht äußerlich erkennbar ist. Das ist auch eine Form von Gewalt."

Bei ihrer Suche nach einer Definition für Gewalt beruft sich Schwan auf eine Definition von Hannah Ahrendtⁱ.

"Gewalt steht im Gegensatz zur Freiheit.

Dort wo keine freiwillige Zustimmung, also etwa unter Rechtsbedingungen, stattfindet, dort herrscht Gewalt." Eine zirkuläre Definition, weil das Recht ja gerade gegen Gewalt steht. Wichtig ist Schwan in Ihrer Definition, dass Gewalt auch psychische Gewalt sein kann, die sich unter Umständen noch weit schlimmer artikulieren kann, als physische Gewalt. Gewalt ist also für sie auch davon abhängig, wie weit der einzelne von seinem Freiheitsrecht, sich zu äußern, Gebrauch machen kann.

"Die Aufmerksamkeit und die aufrichtige Anteilnahme ist wichtiger als nachher das Ergebnis"

Mit diesem Zitat knüpft sie an die Eröffnungsrede ihrer Vorrednerin, der niedersächsischen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartzⁱⁱ, an. In einem Beispiel aus ihrer früheren Tätigkeit als Universitäts-Dekanin hat Schwan ex post beobachtet, dass ihr Fachsitzungen manchmal deswegen entglitten sind, weil sie nicht allen Positionen, Anliegen und Interessen der Fachgruppen-TeilnehmerInnen nachgegangen ist und sie zu Wort kommen hat lassen. Dann vergifteten diese ungehörten Meinungen im Untergrund häufig das Klima.

"Es vermittelt sich, ob man um Gerechtigkeit bemüht ist, oder nicht", mit diesen Worten leitet sie über zu Montesquieu und der

L'amour de l'égalité

Für Montesquieuⁱⁱⁱ war die Voraussetzung für Demokratie, die Liebe zur Gleichheit. "Das ist ja ein starkes Stück", merkt Schwan an. "Man soll die Gleichheit also nicht nur "zähneknirschend" konzederieren, sondern sie lieben."

"Damit ist nicht nur gemeint, dass alle Beteiligten das Recht auf Gehör haben, sondern, dass ein jedes Anliegen, das gleiche Recht hat. Dies zu lieben und sich dem nicht nur zu unterwerfen, ist für manche eine ganz schöne Anstrengung. Auch in einem Rechtsstaat. Vor allem, wenn das



Foto © Harald Kaufmann

Anliegen der Anderen einem nicht passt." Die Quintessenz ist für Schwan, dass man diese Liebe zum Andersdenken der Anderen aus eigenem Antrieb wollen muss nicht nur weil sonst die Presse schlecht über einen schreibt.

Gewalt steht also für Schwan im Gegensatz zu Freiheit. Und Demokratie möchte die Konflikte, die unvermeidbar sind, die auch positiv sind, die aus unterschiedlichen Interessen, Erfahrungen, Perspektiven und Machtpotenzialen kommen, gewaltfrei lösen. Dazu haben wir ein Rechtssystem. „Wir wissen aber auch, dass ein Rechtssystem nie für materiale Gerechtigkeit sorgen kann.“ An der Stelle zitiert sie Bärbel Bohley^{iv}:

"Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat."

Wenn es also auseinander klafft, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, dann wird es zum Problem und unterminiert das System. Eine ganz wichtige Voraussetzung, um zu einer gewaltfreien Lösung zu kommen ist Offenheit. Offenheit steht nicht im Gegensatz dazu einen eigenen Standpunkt zu haben.

Offenheit bedeutet für Schwan nicht Opportunismus, nicht, sich gerade herrschenden Machtkonstellationen zu beugen, nach dem Motto, "Ich stehe da drüber und treffe gar keine Aussagen," sondern die Notwendigkeit, ehrlich durchzuhalten, dass man die eigene Position gut reflektiert und dabei auch erfasst, wo die Schwachstellen der eigenen Position sind.

Sie merkt an: "Es gibt gar keine eigene Position, die keine Schwachstellen hätte." Beispielhaft erwähnt sie, dass die Politik immer von unsicheren Vermutungen hinsichtlich der Zukunft ausgehen muss, ergo gäbe es keine "richtige" Politik, sondern lediglich eine, die unter den Grundannahmen so und so funktionieren könnte.

"Richtige" Politik sei zudem abhängig von Kooperationen. Beispielhaft erwähnt sie dafür die Hartz IV-Gesetze, deren Gelingen von unzähligen Kooperationen abhängig war. "Dies funktioniert nicht, ohne anschließend Enttäuschungen zu erleben."

Offenheit bedeutet also, dass ich meine Position unter den gegebenen Bedingungen reflektiere und aber auch weiß, dass ich mich hinsichtlich der Grundannahmen irren kann. Als ganz menschlich bezeichnet sie auf der anderen Seite auch die Praxis, Positionen durchzuboxen und Argumente zu finden für die eigene Position, weil einem seine Position gerade gefällig, bequem und mehrheitsfähig ist.

Entgegengesetzt dieser menschlichen Natur, versteht Schwan Offenheit auch im Hinblick auf das Ergebnis wichtig, dass man also nicht nur so tut, als würde man den anderen verstehen,

sozusagen als Trick, sondern dass man sich wirklich aufrichtig in der Diskussion einstimmt: "Ich bin offen für ein anderes Ergebnis, als das, womit ich in die Verhandlungen gegangen bin."

"Demokratie braucht den klaren sachlichen Streit über Alternativen."

Dies markiert sie als ihr derzeit besonderes Anliegen, weil sie aktuell die Erfahrung macht, dass gerade die politische Diskussion um Alternativen nicht statt findet. Offen darf man hier vermuten, dass Schwan implizit die Merkel'sche Politik der "Alternativlosigkeit" in der Frage der Eurorettung ins Visier nimmt.

Eine der Folgen daraus - aus ihrer Sicht - ist die Gründung der Partei "Alternative für Deutschland", welche sie nicht der Sache nach, aber dem Grunde nach für richtig hält. Es habe



Foto © Harald Kaufmann

keinen Sinn ständig so zu tun, etwas habe keine Alternative. "Nichts ist alternativlos", aber es kann gut sein, dass die Alternative sich als schlechter erweist in der Reflexion. Nur dies zu entscheiden, solle dem Wähler überlassen werden." Sie sieht in dieser Politik nicht nur eine Missachtung der Mündigkeit der Bürger sondern auch eine Missachtung der Würde der Menschen. Die Freiheit, Partizipation und das Recht auf Selbstbestimmung sei verankert in der Würde des Menschen. "Und wenn man so tut, als könne man ein Problem gar nicht

zumuten, dann hält man sie alle für borniert oder unmoralisch oder sonst was, oder wenn man es nicht zumuten will, weil man sonst mit der eigenen Position nicht siegt, dann ist beides eine Missachtung des Bürgerwillens."

Sie betont, dass der Streit über Alternativen ein Sachstreit sein muss und nicht ein "persönliches Reinlegen". Das ist schön gesagt, aber unter welchen Bedingungen ist denn eine solche offene Rede über Sachstreit möglich? "Das braucht Akteure, die das umsetzen", betont Schwan. Die Humboldt-Viadrina School of Governance hat sich zum Ziel gesetzt, so Schwan, Akteure in Verfahren auszubilden, die eine über weite Teile verzerrte politische Argumentation, vor dem Hintergrund des inneren Filters von PolitikerInnen mit der Frage: "Wie macht sich denn das, was ich sage oder tue, im Hinterland der Medien, hinsichtlich der Machtposition meiner Partei oder meiner eigenen Stellung", wieder zu entzerren.

Schwan verneint eine Verurteilung, dennoch versucht die Universität Akteure auszubilden, die

eine "Linie dicht an der Redlichkeit" fahren. Ein Stück weit verteidigt sie diese machtorientierte Sachverzerrung mitfühlend und leitet über zur Notwendigkeit der bürgerlichen Partizipation.

"Nur in dem die Bürger selbst der Politik einen Resonanzboden, ein Hinterland, ein Publikum mitliefern, damit gute, Allgemeinwohl orientierte, Entscheidungen getroffen werden können, kann dies gelingen.

Wenn man eine völlig zerklüftete Gesellschaft hat" - und sie bezeichnet die deutsche Gesellschaft als "ziemlich" zerklüftet, "dann ist es schwer als PolitikerIn seiner eigenen Einsicht zu folgen, wenn man weiß, dass man danach abgewählt wird. Wer dann immer fordert", so fährt sie fort: "Naja, dann sollen sie doch auf die Macht verzichten, der macht es sich zu einfach. Politik gestalten, heißt auch Verantwortung zu tragen und sollte nicht dazu führen, dass bei der ersten Gelegenheit das Handtuch geworfen wird."

Als Berufspolitikerin gelänge es vorzugsweise besser, dann auch in schwierigen Situationen - Ehrlichkeit vorausgesetzt - durchzuhalten, wenn man eine Gesellschaft habe, die auch genügend Erfahrung darin habe, mit schwierigen politischen Fragen und mit Partizipation umzugehen. Nur so könnten auch komplexere Entscheidungen durch weite Teile der Bevölkerung getragen werden, wenn nicht die Leute bei erstem Missfallen sofort "in die Wüste" geschickt werden.

Schwan fasst zusammen, was in den Suppentopf einer guten Politik gehört: Liebe zur Gleichwertigkeit der Positionen anders denkender, gewaltfreie Diskussion und die Diskussion um Alternativen. Dann leitet sie über zu dem Stichwort

Grundkonsens einer Gesellschaft.

Sie berichtet aus ihren Studienjahren bei ihren Professoren Ernst Fraenkel^v, Richard Löwenthal^{vi} und Ossip K. Flechtheim^{vii}. Alle drei hatten als Juden eine politische Erfahrung gemacht. Alle drei waren eher dem linken Lager zuzuordnen. Sie kamen nach dem zweiten Weltkrieg nach Deutschland zurück und wollten den "jungen Leuten" klar machen, "dass Demokratie gar nicht so wundervoll ist, wie alle denken, aber auf der anderen Seite unbedingt notwendig ist". Insbesondere Fraenkel habe sie dadurch



Foto © Harald Kaufmann

beeindruckt, dass er immer wieder betonte, dass eine Gesellschaft einen Grundkonsens braucht, an dem sie die Einzelkonflikte lösen kann. Es muss also für jede Entscheidung eine Referenz geben. Beispielhaft erwähnt sie den Grundkonsens darüber, welches Mindestmaß an Gerechtigkeit eine Gesellschaft wahren muss.

Spannend fand ich diese Einlassung vor dem Hintergrund, dass gerade vor kurzem ein oberster Verfassungsrichter in einem Fernseh-Interview sagte, dass eine Verfassung nie ein aus sich selbst geborenes Artefakt sei, sondern sich aus einem übergeordneten geistig spirituellen oder religiösen Grundkonsens und Wertesystem entwickle.

Schwans conclusio: "Eine Gesellschaft die sich nicht darauf verständigt, was Ihr grundsätzlich, unwiderruflich, prinzipiell wichtig ist, verliert den Boden für eine lebendige Demokratie."

Dieser Grundkonsens ist nach Schwans Auffassung jedoch nicht institutionell herstellbar, sondern bedarf "einer tiefen Verankerung im Bewusstsein der Menschen."

Beispielhaft führt Schwan die skandinavischen Staaten an, deren Menschen ein tiefes Bewusstsein und einen fundamentalen Grundkonsens für die Gleichheit der Menschen haben. Im Gegensatz dazu stellt sie die Behauptung auf, dass auf die Frage, ob in Deutschland alle Menschen den Grundkonsens im Bewusstsein haben, dass alle Kinder - gleich welcher Herkunft, Vermögen, Sprache, Religion oder Volkszugehörigkeit - ein Recht auf gleiche Bildung und sozialen Wohlstand haben, man eher politisch korrekte Antworten bekommen würde, aber im Bewusstsein andere Ideale verankert seien. Eine mutige Aussage, die es gilt, einmal in Ihrer Tiefe und Bedeutung zu reflektieren.

Schwan führt weitere Beispiele an, wie lange es zum Beispiel gedauert habe, bis ein Grundkonsens in den jungen Jahren unserer Demokratie gefunden wurde, über Ostversöhnung und West-Integration. Und führt weiter aus, wie schwierig es ist, einen Grundkonsens auf der gesamten Welt über das Thema Klima zu finden. "Noch nicht einmal über das Thema Energiewandel ist in Deutschland ein Grundkonsens gefunden." Man würde ganz viele Meinungen und Argumente in Deutschland auch finden, die einem Ausstieg aus der Atomindustrie widersprechen.

Es würde in dieser Hinsicht nicht nach einem Grundkonsens gesucht, sondern nach strategischer Ausrichtung in Form von Argumentation über die Subventionierung. Ihrer Meinung nach sind beide Formen der Energiegewinnung subventioniert: "die eine durch Steuern, die andere durch Verbraucherpreise".

Ein Grundkonsens käme jedoch nicht von alleine. Das Credo von Ernst Fraenkel sei gewesen, die ständige Arbeit am Grundkonsens einzufordern. "Nur wenn Sie durch Konflikte gehen, kommen Sie auch in der Lösung von Konflikten zu einem neuen zeitgemäßen und Problem gemäßen Grundkonsens. Sie können heute keinen Grundkonsens haben, den Sie in den 50er-Jahren hatten."

Zusammenfassend betont sie, dass es keinen Grundkonsens geben kann, wenn nicht eine Offenheit und eine Wachheit für die Interessen der jeweils anderen in der Gesellschaft gibt.

"Wie steht nun die Mediation dazu?"

Eine Frage, die Schwan ins Auditorium wirft. Und sie hatte eingangs schon betont, dass sie keine ausgebildete Mediatorin ist. Gleichwohl argumentiert sie, mit Fug und Recht, dass es in der Mediation darauf ankäme, "den Konflikt zu akzeptieren und ihn nicht zu leugnen". Also herauszuarbeiten, was sind denn die Probleme, was sind denn die Interessen, was sind denn die Anliegen. "Und dann zu schauen, ob es wirklich so ist, dass das, was der eine gewinnt, der andere verliert, oder ob es nicht eine dritte Variante gibt, in der beide Seiten gewinnen können."

Als wichtige Grundvoraussetzung oder um in den vormals gebrauchten Worten zu bleiben, ein wichtiger Grundkonsens für eine Mediation sei die Bereitschaft der Konfliktparteien zum Respekt gegenüber des Selbstwertgefühls und der Würde des anderen. "Wenn man dieses Selbstwertgefühl der anderen - egal ob in politischen oder privaten Auseinandersetzungen - nicht anerkennt, wandert die emotionale Grundhaltung in Richtung Kränkung, Demütigung und Ressentiment und wird Konflikte immer untergründig am brodeln lassen."

Die Anerkennung des Selbstwertgefühls der anderen ist für Schwan ein zentraler Schlüssel für den gewaltfreien Umgang mit Konflikten.

In diesem Sinne ist für Gesine Schwan die Mediation ein Aufklärungsvehikel um zu reflektieren: Was ist eigentlich mein Ding? Und weiterhin eine Aufklärung darüber: Wie siehst Du eigentlich unsere Sache? "Ein solcher Prozess ist ein gutes "Unterfutter" für einen konsensualen Umgang mit Konflikten. „Dies muss von "oben" auch vorgelebt werden, von Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Medien und Menschen mit Vorbildfunktion in der Öffentlichkeit“, so Schwan.

Die erlebte Wirklichkeit sehe jedoch häufig anders aus und sie macht dies beispielhaft fest an Berichten von Kollegen, die sich weiterbildend in einer großen deutschen Bank bewegten. Sie wurden eingeladen, um über Werte zu sprechen und stellten in der Diskussion fest, dass sich keinerlei Offenheit und keinerlei Mut entfaltete, im Seminar darüber zu sprechen.

"Und dann kann man sich noch so viel anstrengen, über Werte zu reden, wenn sich keiner traut, über Werte und die daraus resultierende eigene Arbeitswirklichkeit zu sprechen. Das muss von oben her gefördert und gezeigt werden."

Es besteht immer der Verdacht, dass Konflikte den Zusammenhalt sprengen.

Schwan wandert nun wieder in den Bereich der Familie. "Es gibt zum Beispiel Ehen, da ist inzwischen schon so viel angestaut, dass man wirklich befürchten muss, wenn jetzt noch etwas ausgesprochen wird, dann explodiert das. Und das passiert ja auch häufig."

"Was macht man dann", fragt sie rhetorisch. "Eine Philosophie des unter der Decke Haltens? Oder eine Philosophie, doch vielleicht langsam die Decke zu lüften?"

Auch wenn dies verantwortlich im Einzelfall und individuell von den Beteiligten geklärt werden muss, so ist die Haltung von Schwan dazu, "Konflikte so früh wie möglich zur Sprache zu bringen, damit man sie entschärft und es nicht später die Bombe aus dem zweiten Weltkrieg wird".

Resümierend ist Schwan der Auffassung, dass Konflikte dann die Gemeinschaft sprengen, wenn sie zulange unter der Decke gehalten werden. Ihre praktische Anleitung dazu ist: "Früh anfangen und nicht zulange aufstauen lassen."

Sie warnt auch davor mit Konflikten autoritär oder politisch repressiv in der Tradition eines Max Webers^{viii} umzugehen. "Irgendwelche charismatischen Machtfiguren hinzusetzen, die alles zusammenhalten." Die Tauglichkeit religiöser autoritativer Metaphern, im Sinne von Weber, gegenüber der Demokratie stellt sie infrage. "Wenn ich alles nur mit autoritativen und mit Macht drohenden Potenzialen zusammenhalte, dann ist schon das meiste verloren gegangen."

Wie kann man nun Partizipation so gestalten, dass dennoch eine Entscheidung herbeigeführt werden kann,

ohne dass plötzlich und unerwartet eine Entscheidung kommt, die alles vorangegangene entwertet?

"Ich bin", so führt sie fort, "häufig in der jüngsten Vergangenheit gebeten worden, über das Verhältnis von Partizipation und repräsentativer Demokratie etwas zu sagen, denn dort kann ein

Spannungsverhältnis entstehen."

Es könne leicht der Eindruck entstehen, dass durch die Ankündigung der Partizipation diese eine letzte Entscheidung im Parlament oder die einer Kommunalregierung ersetzen könne.

Ihre Position dazu ist, "dass die repräsentative Demokratie die beste Grundlage dafür bietet, Gemeinwohl-Entscheidungen zu treffen." Repräsentation bedeutet hierbei nicht, "wie man den Sektkelch bei Empfängen am besten hält", viel mehr wie man das Gemeinwohl bei Argumentationen so im Blick behält, dass man Partikular-Interessen dabei nicht aus dem Auge verliert.

Es gäbe natürlich Strukturen, die einem solchen Ideal rasch den Anstrich von Heuchelei verliehen. Ihre Empfehlung an der Stelle ist die Partizipation einer politischen Diskussion oder Entscheidung vorzuschalten. Häufig erlebe sie die Praxis anders. Es würden in Kommunen zum Beispiel Entscheidungen getroffen und dann den Bürgern zur Bürgerdiskussion vorgelegt. Diese Startposition sei schon deswegen untauglich, weil sofort der



Foto © Harald Kaufmann

Eindruck einer Kontroverse zwischen Kommune und Bürgern entstünde. Nach

dem Motto "Wir haben es oben schon richtig entschieden und alle die jetzt kommen, stören den Prozess der Umsetzung. Das ist die psychologische Startposition. Das ist schlecht."

Schwan führt ein Beispiel aus Köln ein. Es gab eine Bürgerinitiative gegen den Abriss des Schauspielhauses. Schwan wurde beigezogen, um zu vermitteln. Es war ein Klima der Konfrontation zwischen Bürgerinitiative und Verwaltung.

Es ist die Aufgabe einer Kommunalverwaltung, sich Gedanken über die Weiterentwicklung einer Stadt zu machen, „das macht nicht jeder Bürger eben mal beim Frühstück." Schwans Forderung ist jedoch, dazu überzugehen, "solche Pläne den Bürgern frühzeitig vorzulegen und einzuladen, sowohl über die Ziele als auch über die Wege, zu diskutieren."

Sie betont jedoch aus eigener Erfahrung, dass dies schwierig ist und man nicht erwarten dürfe, dass nun alle Bürger in die Rathäuser stürmen und lebendig diskutieren. Im Gegenteil, es wäre mühselig, selbst wenn man diese Einladung freundlich, ansprechend und Ergebnis offen ausspricht. Als Grund dafür benennt sie die Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger dies

zunächst nicht als dringlich empfänden, an dieser Diskussion teilzuhaben.

Und wenn dann plötzlich eine Entscheidung im Raum stünde, käme die Rückmeldung: "Warum habt ihr uns denn nicht früher etwas gesagt!" Das muss man also verstehen. So läuft das eben“, sagt Schwan gelassen. „Man muss also bei der Einladung zur Partizipation auch Anreize schaffen, man muss auch die drohenden Konflikte deutlich machen, weil Menschen eher hinhören, wenn ein Konflikt droht.“

In Ihrem Beispiel berichtet Schwan, dass der Vertreter der Bürgerinitiative immer wieder die Befestigung der repräsentativen Demokratie einforderte. Er war nicht dafür, die repräsentativen Verfahren durch die Bürgerinitiative zu ersetzen.

Im Ergebnis übernahm dann eine Fraktion argumentativ den Bürgerentscheid. So wurde die substantiell durch Partizipation entschiedene Frage wieder den repräsentativen Organen zur Entscheidung übertragen. "Eine etwas heikle und wackelige Art, Partizipation zu integrieren“, so Schwan.

Schwan betont, dass es nicht einfach ist, aber dass sie Politik auf jeder Ebene immer wieder auffordern möchte, Probleme und Projekte frühzeitig - noch bevor eine Lösung gefunden ist - an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. Und wenn dies nicht auf Anhieb gelingt, dies ein zweites Mal, ein drittes Mal und wenn es sein muss ein viertes Mal zu tun. Zum Beispiel bei Bauprojekten Architekten, Stadtplaner und Ingenieure aus der Region einzuladen, mit ihnen zu diskutieren, sie nicht von der eigenen Meinung überzeugen zu wollen, sondern an deren Argumente anzuknüpfen und diese dann weiterzuentwickeln.



Foto © Harald Kaufmann

Wenn man diesen Geist: "Ich habe die Verantwortung dies vorzulegen und ich begeben mich gerne in die Debatte, ob es andere Positionen gibt und ich durchschaue auch, dass hinter diesen Positionen oft handfeste materielle Interessen stehen, dann gelingt auch ein erzieherisches Moment für die Entwicklung der Bürgergesellschaft."

Zu leicht machen es sich BürgerInnen aus der Sicht von Schwan, wenn sie pauschal Politiker verurteilen, wenn ihnen politische Entscheidungen nicht in den Kram passen. "Politik kann nicht etwas erledigen, was wir selbst mit uns noch nicht geklärt haben."

Sie plädiert an dieser Stelle für ein Herz für Politiker. "Wer nicht selbst erlebt hat, wie schwierig es ist, unterschiedliche Interessen zusammen zu bringen, der sollte hinsichtlich eines Urteils über Politiker ganz still sein. Dies zu tun, ist eine Kunst".

Für MediatorInnen ist es schon schwierig, dies zu tun, obwohl sie noch nicht einmal eine eigene Meinung haben müssen. Ungleich schwieriger, meint Schwan, ist es für Politiker, die ja gerade für Ihre eigene Meinung auch gewählt wurden.

Am Ende ihres Vortrages richtet Gesine Schwan einen Appell an das Auditorium.



Foto © Harald Kaufmann

"In dem Maße, wie Sie diese Kunst nicht nur in Familien, in Kommunen, im gesamt deutschen Parlament, sogar in Europa verorten können, legen Sie ein wunderbares Fundament für diese Demokratie. Und das ist auch eine richtig schön Sinnstiftende Aufgabe. Und nichts ist schöner als Sinnstiftung."

Herzlichen Dank, liebe Frau Schwan und herzlichen Dank an die Verantwortlichen und die OrganisatorInnen des niedersächsischen Justizministeriums und des Landgerichts Hannover.

ⁱ **Hannah Arendt** (* 14. Oktober 1906 in Hannover; † 4. Dezember 1975 in New York) war eine jüdische deutsch-amerikanische politische Theoretikerin und Publizistin. Die Entrechtung und Verfolgung von Menschen jüdischer Abstammung seit 1933 sowie ihre eigene kurzzeitige Inhaftierung im selben Jahr veranlassten sie zur Emigration aus Deutschland.

Arendt vertrat ein Konzept von „Pluralität“ im politischen Raum. Demnach besteht zwischen den Menschen eine potentielle Freiheit und Gleichheit in der Politik. Wichtig ist es, die Perspektive des anderen einzunehmen. Aufgrund dieser Auffassung stand sie rein repräsentativen Demokratien kritisch gegenüber und bevorzugte Räteysteme und Formen direkter Demokratie.

ⁱⁱ **Antje Niewisch-Lennartz** (* 31. Dezember 1952 in Lüneburg) ist eine deutsche Juristin und Politikerin (Grünen). Sie ist seit dem 19. Februar 2013 Niedersächsische Justizministerin im Kabinett Weil.

ⁱⁱⁱ **Charles-Louis de Secondat, Baron de La Brède et de Montesquieu** (getauft am 18. Januar 1689 auf Schloss La Brède bei Bordeaux; † 10. Februar 1755 in Paris), bekannt unter dem Namen Montesquieu, war ein französischer Schriftsteller, Philosoph und

Staatstheoretiker der Aufklärung. Er gilt als Vorläufer der Soziologie, bedeutender politischer Philosoph und Mitbegründer der modernen Geschichtswissenschaft. Die Grundlage für seine Staatstheorie bildete seine 1734 erschienene Studie über Aufstieg und Fall des Römischen Reiches. Anders als die christliche Geschichtsphilosophie, die den Niedergang des Römischen Reiches als das Werk göttlicher Vorsehung betrachtet hatte, wollte Montesquieu eine auf natürlichen Gesetzmäßigkeiten beruhende Erklärung für die geschichtlichen Abläufe finden und hatte daher nach den anthropologischen, ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen der politischen Entwicklungen gefragt.

Er spricht in seinem gesamten Werk von gesellschaftlichen Gegebenheiten, die der Politik und den Herrschenden vorgegeben, die Handlungsmöglichkeiten der Menschen insgesamt begrenzen und beschränken, so dass gesellschaftliche und historische Entwicklungen nur wenig beeinflussbar sind. Aus dem „esprit général“ (allgemeinen Geist) eines Volkes und den Prinzipien seiner Verfassung lässt sich laut Montesquieu auf Politik und Gesellschaft schließen.

iv **Bärbel Bohley** (geborene Brosius; * 24. Mai 1945 in Berlin; † 11. September 2010 in Strasburg, Landkreis Uecker-Randow) war eine deutsche Bürgerrechtlerin und Malerin. Bekannt wurde sie als Mitbegründerin des Neuen Forums in der DDR. Nach der von ihr maßgeblich mitinitiierten Wende arbeitete Bärbel Bohley ab 1996 im ehemaligen Jugoslawien.

Nach zwölf Jahren kehrte sie 2008 in ihre alte Wohnung in Berlin-Prenzlauer Berg zurück, um ihre Krebserkrankung behandeln lassen zu können. In den ihr verbleibenden zwei Lebensjahren hielt sie Vorträge, mit denen sie bilanzierend auf die Kraft der Friedlichen Revolution und bestehende Demokratiedefizite hinwies.

v **Ernst Fraenkel** (* 26. Dezember 1898 in Köln; † 28. März 1975 in Berlin) war ein deutsch-amerikanischer Jurist und Politikwissenschaftler. Er gilt als einer der Väter der modernen Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Er gehörte zu den Begründern der westdeutschen Demokratietheorie.

vi **Richard Löwenthal** (Pseudonym Paul Sering; * 15. April 1908 in Charlottenburg; † 9. August 1991 in Berlin) war ein deutscher Politikwissenschaftler. 1961 bis 1974 war er als Professor an der Freien Universität Berlin tätig. Er beschäftigte sich mit Problemen der Weltpolitik, der Demokratie, des Kommunismus und der Hochschulpolitik.

vii **Ossip Kurt Flechtheim** (* 5. März 1909 in Nikolajew, Russisches Kaiserreich; † 4. März 1998 in Berlin) war ein deutscher Hochschullehrer und Autor. Der Jurist und Politikwissenschaftler war einer der Begründer der Futurologie in Deutschland. Nach der Machtübernahme wurde er 1933 wegen seiner Mitgliedschaft in der Widerstandsgruppe Neu Beginnen und seiner jüdischen Abstammung aus dem Öffentlichen Dienst entlassen. 1935 war er insgesamt 22 Tage inhaftiert, nur knapp konnte er den Nazis entkommen. 1939 emigrierte er in die USA und arbeitete dort zunächst an Horkheimers Institut für Sozialforschung der Columbia University in New York City. Dort

lernte er u. a. Erich Fromm, Herbert Marcuse und Isaac Asimov kennen. Später war er als Dozent und schließlich als Professor an verschiedenen Hochschulen tätig.

viii **Maximilian Carl Emil Weber** (* 21. April 1864 in Erfurt; † 14. Juni 1920 in München) wird als Begründer der Herrschaftssoziologie und neben Émile Durkheim als Begründer der Religionssoziologie betrachtet. Auch zählt er neben Karl Marx und Georg Simmel zu den bedeutenden Klassikern der Wirtschaftssoziologie. In München hielt Weber seinen Vortrag über Politik als Beruf, in dem er drei Grundanforderungen für den idealen Politiker formulierte: 1. Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit. 2. Verantwortlichkeit im Interesse des Sachanliegens. 3. Augenmaß als notwendige persönliche Distanz zu Dingen und Menschen. Er begründete überdies das staatliche Gewaltmonopol.

*sämtliche Fußnoten sind Auszüge aus dem Wikipedia.